

Vorsitzender Bellinghausen erteilt den Klimaschutzmanagerinnen der Gemeinde Eitorf zur Vorstellung des Partizipationsprozesses zum integrierten Klimaschutzkonzept das Wort. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Anschließend ergeben sich folgende Wortmeldungen:

Herr Liene fragt vor dem Hintergrund, dass es schwer zu beziffern sei, was ein wirklich erfolgreiches Klimaschutzkonzept ist, ob es vom Auftraggeber exakte inhaltliche Vorgaben gebe. Frau Pfister antwortet, dass ein durch die NKI gefördertes Klimaschutzkonzept alle auf der Bundes- und Landesebene gegebenen Vorgaben bezüglich Klimaschutz erfüllen müsse. Das sei das Mindestmaß.

Herr Scholz weist darauf hin, dass beim Land als auch beim Bund derzeit alles im Wandel sei. Frau Pfister bestätigt dies, allerdings müsse man mit dem arbeiten, was derzeit vorhanden sei oder sich über die nächsten Monate noch herausstelle. Frau Schneider ergänzt, dass es möglich sein müsse, das Konzept in ein paar Jahren noch einmal anzupassen. Es könne selbstverständlich nicht für die nächsten 30 Jahre in Stein gemeißelt sein.

Herr Strausfeld bedankt sich für das Engagement der Klimaschutzmanagerinnen und berichtet, dass die CDU-Fraktion Herrn Jürgen Meis als Vertreter für den Partizipationsprozess entsenden werde.

Herr Dr. Storch führt zur Klärung des gemeinsamen Grundverständnisses aus, dass es auf der Hand liege, dass eine Erhöhung der CO₂-Konzentration tendenziell zu einer Erwärmung der Atmosphäre führe. Die CO₂-Konzentration in der Luft habe im Laufe der letzten Jahrzehnte zugenommen, das sei ein Fakt. Die Zunahme beruhe auf vom Menschen verursachten Verbrennungsprozessen kohlenstoffhaltiger Fossilien. Dementsprechend habe der Mensch zum Klimawandel beigetragen und tue dies auch weiterhin. Man rede also vom anthropogenen Einfluss auf das Klima. Darüber hinaus gebe es auch noch den nicht anthropogenen, sprich natürlichen, Einfluss auf die Temperatur der Atmosphäre, dies letztlich belegend, dass es bereits lange vor der Menschheit große Temperatur- und Klimaschwankungen gegeben habe. Zwischen diesen beiden Einflüssen müsse man unterscheiden. Es stelle sich also die Frage, wie groß der vom Menschen beeinflussbare und wie groß der natürliche Effekt auf das Klima sei. Um sich der Beantwortung dieser Frage zu nähern, gebe es diverse wissenschaftliche Modellrechnungen. Modelle würden immer mit unterschiedlichen Grundannahmen arbeiten, d.h. die Ausgangsparameter unterlägen der wissenschaftlichen Disputation und da dürfe es aus seiner Sicht keinerlei Denkverbot geben, weder in der wissenschaftlichen Diskussion noch in der politischen Bewertung. Das sei die Grundlage für die gemeinsame Diskussion. Er hält fest, dass die FDP-Fraktion grundsätzlich Maßnahmen unterstütze, die auf Ressourcenschonung und erhöhte Energieeffizienz ausgerichtet seien. Man wolle allerdings die knappen Mittel nicht ausschließlich in die Verlangsamung des anthropogenen Klimaeffektes investieren. Denn die Gemeinde werde das Weltklima alleine nicht retten können. Man möchte daher auch Mittel für die Bewältigung der Folgen des Klimawandels bereitstellen. Beispielhaft nennt er hier das mobile Hochwasserschutzsystem. Die FDP-Fraktion wolle eine sachbezogene Diskussion ohne moralische und ideologische Auflagen.

Im Namen seiner Fraktion macht Herr Dr. Storch nachfolgende einige Anmerkungen zur Verwaltungsvorlage: Er stellt zunächst mit Bezug auf das Kapitel „Politische Landschaft“ richtig, dass die CDU-Fraktion von 1999 bis 2004 Wahlergebnisse von deutlich über 50 % hatte. 2009 lag die FDP bei 42 % und die CDU unter 30 %. Er kritisiert außerdem die in der Verwaltungsvorlage seiner Meinung nach getätigten Wertungen. Hier nennt er beispielhaft den Passus „Die Eitorfer BürgerInnen wählen traditionell konservativ und die Wahlbeteiligung ist niedrig“. Das sei eine Wertung und keine belegbare nachprüfbare

Aussage. Zu dem Passus „Spannend ist, dass Eitorf, obwohl die CDU fast immer die stärkste Kraft darstellt, von 2004-2020 einen der FDP angehörigen Bürgermeister hatte. Auch bei den Kommunalwahlen in 2020 setzte sich ein parteiloser Kandidat durch, obwohl auch diesmal die CDU die stärkste Ratsfraktion wurde.“ merkt er an, dass er zwischen den Zeilen lese, dass es etwas Besonderes sei, wenn der Bürgermeister nicht der Mehrheitsfraktion angehöre. Er fragt, was man mit dieser Formulierung sagen wolle. Ein weiterer kritischer Punkt sei die Vokabel „nur“ im Zusammenhang mit den im Eaa-Bericht erreichten 14 % der möglichen Punkte. Diese Vokabel an der Stelle empfindet er als moralisierende Wertung. Im Übrigen vermisse die Fraktion den Hinweis, dass in der Ratsperiode 2009 bis 2014 auf Antrag der FDP-Fraktion alle statisch geeigneten Dächer von gemeindlichen Gebäuden mit Photovoltaik versehen wurden. Abschließend weist er auf eine Formulierung in der Vorlage hin, die er so nicht akzeptieren könne. Konkret, dass alle Parteien dazu aufgefordert werden, einen Vertreter für den Partizipationsprozess zu benennen. Als politisch neutrale Verwaltung Forderungen zu stellen, halte er nicht für angebracht. Auch hier möchte er wissen, wie die Formulierung zu verstehen sei.

Frau Haas unterstützt die Aussage ihres Vorredners, dass es keine Denkverbote geben dürfe und bedankt sich zudem für die tolle Arbeit der Klimaschutzmanagerinnen. Sie fragt, wie die Aussage, dass die Anpassung an den Klimawandel ein ganz eigener Posten ist, gemeint sei. Es sei ein riesiger Bereich, den man sich unbedingt auch anschauen müsse. In Anbetracht der Tatsache, dass es nach dem beschlossenen Klimaschutzkonzept weitergehen müsse, möchte sie außerdem wissen, ob es aus Sicht der Klimaschutzmanagerinnen sinnvoller sei, dies weiterhin in Form eines Klimamanagers oder in Form des permanent mitgedachten Klimaschutzes in allen Ämtern zu tun.

Herr Tendler stellt klar, dass es bei der Arbeit im Sinne des Klimaschutzes ganz wichtig sein werde, konkrete Projekte in Angriff zu nehmen - auch wenn das, wie am Beispiel Radwege zu sehen, durchaus sehr schwierig sein könne. Sehr positiv bewertet er, dass die Schülerinnen und Schüler, welche das Thema im Endeffekt am meisten betreffe, bei den Projekten mitgenommen würden. Das werde man sicher auch im Schulausschuss mal thematisieren müssen.

Herr Scholz fragt vor dem Hintergrund, dass vorgeschlagen wurde lediglich einen Vertreter für den geplanten „Arbeitskreis Politik“ zu entsenden, wie dies in anderen Kommunen gehandhabt werde. Er möchte ferner wissen, ob Zwischenbeschlüsse geplant seien. Frau Pfister antwortet, die Terminfindung werde sehr erschwert, wenn man mehr als einen Vertreter pro Fraktion dazu nehmen würde. Frau Schneider ergänzt, in anderen Kommunen werde das sehr unterschiedlich gehandhabt. Allerdings folge man persönlich den Handlungsempfehlungen der Kommunalagentur. Sie weist außerdem darauf hin, dass es, wie von Herrn Scholz erfragt, Zwischenbeschlüsse geben werde. Es könne nicht sein, dass man ein riesiges Konzept erstellt habe, was dann letztendlich an einer Maßnahme scheitere, weil diese von jemandem nicht mittragen werden könne.

Erster Beigeordneter Sterzenbach stellt mit Bezug auf den Redebeitrag von Herrn Dr. Storch klar, dass er sehr wohl die Beschreibung der politischen Landschaft gelesen und auch abgenickt habe, obwohl diese nicht in jeder Tatsache ganz präzise sei. Dies aus dem einfachen Grund, dass ganz klar erkennbar sei, dass es eine Bewertung der Verfasserinnen sei. Genau solche Bewertungen würden dazu aufrufen, dann eben auch andere Bewertungen vorzunehmen. Er habe auch gelesen und akzeptiert, dass die Parteien zur Entsendung eines Vertreters aufgefordert werden, weil dort nicht die Rede von „fordern von“ gewesen sei. Das wäre auch seiner Meinung nach ein Befehl und an der Stelle unangebracht. Die Formulierung „fordern auf“ werte er allerdings semantisch durchaus rein akklamativ und das sei seiner Ansicht nach der richtige Zug für den Klimaschutz.

Frau Pfister antwortet auf die Frage von Frau Haas zum Thema Klimaanpassung, dass sie persönlich natürlich auch Anstrengungen zur Anpassung an den Klimawandel unterstütze. Es sei allerdings nicht im Klimaschutzkonzept als Muss- Handlungsfeld definiert und musste deswegen ausgeklammert werden. Sie weist aber darauf hin, dass es dafür ebenfalls Stellenförderungen gebe. Frau Schneider ergänzt, dass der Rest der Arbeit darunter leiden würde, wenn man die Klimaanpassung zusätzlich noch in die tägliche Arbeit mitaufnehmen würde. Auf die zweite Frage von Frau Haas antwortet Frau Pfister, dass sie auf jeden Fall für beides in Verbindung miteinander plädieren würde. Das sei ganz klar eine Teamaufgabe. Frau Schneider ergänzt erläuternd, dass es Aufgabe des Klimaschutzmanagements sei, die Handlungsstränge zusammenzuführen und zu koordinieren. Den vollständigen Klimaschutz alleine zu regeln sei unmöglich.

Erster Beigeordneter Sterzenbach macht darauf aufmerksam, dass es - wenn man von einer Person pro Fraktion ausgehe - sicherlich sachdienlich sei, wenn der oder diejenige einen Vertreter benennt.